Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bericht aus Westdeutschland

Seit Bestehen der Bundesrepublik hat kein Ereignis, weder die Luftbrücke 1949 noch der Korea-Krieg 1950 und schon gar nicht die Wiedergewinnung der Souveränität so viel innere Beteiligung und Erregung in Deutschland ausgelöst wie die Ereignisse in Ungarn und Ägypten — und zwar nicht nur aus Furcht davor, in einen neuen Krieg hineingezogen zu werden —; dieses Gefühl war 1949 und 1950 sehr viel stärker. Das ganze Volk hing in den vergangenen Wochen atemlos lauschend am Radio, keine Universität, deren Studenten nicht Kundgebungen für Ungarn und Demonstrationen veranstalteten, kein Haus, in dem nicht bis spät in die Nächte diskutiert wurde. Die Ungarn-Sammlungen, die im Lande durchgeführt wurden, erbrachten innerhalb von 14 Tagen 4 Millionen DM.

Kein Wunder, daß in einem Lande, das 17 Millionen seiner Landsleute unter sowjetischer Herrschaft leiden weiß, alle Phasen des ungarischen Freiheitskampfes: erst das scheinbare Gelingen und dann die bestialische Brutalität des Endkampfes mit besonderer Teilnahme verfolgt wurden.

Die verpaßte Sternstunde

Auch daß die Ereignisse auf dem zweiten Kriegsschauplatz, in Ägypten also, mit — wie viele Kritiker meinten — allzu emotionalen Kommentaren versehen wurden, kann niemand wundernehmen. Zehn Jahre lang war den Deutschen mit Recht die abgefeimte Niedertracht vorgehalten worden, mit der sie wehrlose Völker wie Belgien, Holland, Norwegen überfallen hatten. Und wenn auch keine öffentlichen Reuebekenntnisse abgelegt werden, so schämt sich doch die Mehrzahl des Volkes heute dieser Taten und ist zu der Überzeugung gelangt, daß nur Diktaturen (von Mussolini über Hitler bis Chruschtschew) wehrlose Völker überfallen.

Und da kommt nun der Überfall der beiden demokratischen Großmächte auf das «unterentwickelte» Ägypten, und zwar ausgerechnet in einem Moment, in dem ein vielleicht für die Welt, weil für das Schicksal der Sowjetunion, entscheidender Kampf in Ungarn ausgetragen wird; ein Moment, in dem alle Augen auf Ungarn gerichtet sein müßten, ein Moment, in dem man zum erstenmal hoffen konnte, daß auch dem letzten Asiaten die Scheinheiligkeit und die ganze Verlogenheit des sowjetischen Systems aufgehen würde; ein Moment, in dem auf dem Forum der UNO die Sprecher aller Nationen, von Nehru bis zu Eisenhower hätten aufmarschieren müssen, um die Taten der Sowjets weithin sichtbar anzuprangern. Man konnte die weltgeschichtliche Sternstunde schon mit Händen greifen, da fielen die ersten englischen Bomben auf Port Said und zerstörten alles.

Naiver Glaube an demokratische Unbescholtenheit

Wenn auch aus der Zeit der Besetzung und der Nürnberger Rechtsprechung bei einigen Leuten gewisse Ressentiments zurückgeblieben sind, so hält man doch im allgemeinen England und die USA, vor allem hinsichtlich ihrer demokratischen Grund-

prinzipien, für vorbildlich und viele ihrer Einrichtungen für nachahmenswert. Um so unfaßlicher mußte Englands Vorgehen in Ägypten wirken.

In dürren Worten spiegelt sich dies folgendermaßen: Nachdem Israel seine — wie viele in der Welt glauben — mit England und Frankreich abgesprochene Aggression begonnen hatte, stellten die beiden Großmächte ein Ultimatum, dem der Angreifer (der sich bereits tief im Feindesland befand) leicht, der Angegriffene nur schwer entsprechen konnte. Nach Ablauf des Ultimatums begannen die beiden Großmächte, den Angegriffenen zu bombardieren und nannten das ganze dann «Polizeiaktion». Die Aufforderung des Weltsicherheitsrates, den sie immer als die höchste Instanz gepriesen hatten, schlugen sie in den Wind und suchten ihre moralische Rechtfertigung darin, daß sie ganz einfach behaupteten, Nasser sei ein zweiter Hitler und müsse darum vernichtet werden. Nachträglich wird nun kundgetan, die englische Regierung habe alle Beweise dafür, daß die Sowjetunion kurz vor dem Einmarsch im Nahen Osten stand.

Viele Fragen und eine Gewißheit

In den Augen des Deutschen hat diese Darstellungsweise erstaunlich viel Ähnlichkeit mit der Verlogenheit ihrer eigenen Vergangenheit und man fragt sich:

1. Wieso berechtigt jene (schon wegen der Proportion) vollkommen abwegige Parallele zwischen Nasser und Hitler zu kriegerischen Maßnahmen gegen Ägypten?
2. Wieso ist es möglich, in der ältesten Demokratie Europas einen Krieg vom Zaun zu brechen, ohne daß das Parlament dazu Stellung nimmt?
3. Wie konnte es geschehen, daß Eden, der immer von kollektiver Sicherheit und vom Frieden als oberstem Gebot sprach, ohne Konsultation seiner Verbündeten losschlug?
4. Wieso trat die Gefahr einer sowjetischen Intervention, die sich doch seit den ersten tschechischen Waffenlieferungen im Herbst 1955 abzeichnete (und gewiß im April dieses Jahres schon bestand, als Chruschtschew und Bulganin der Königin ihre Aufwartung machten), erst im Oktober 1956 so urplötzlich zu Tage, daß nicht einmal die USA mehr konsultiert werden konnte?
5. Wenn wirklich der Blitzkrieg gegen Nasser *die einzig mögliche Maßnahme* zur Verhütung des sowjetischen Einflusses im Nahen Osten war, warum trat dann Staatssekretär Nutting, der Sachbearbeiter des *Near East*, unter Protest zurück?

Diesem Katalog von Fragen wird schließlich noch die Gewißheit gegenübergestellt, daß durch jene abenteuerliche Intervention das Prestige des Westens auf Jahre hinaus in der ganzen afro-asiatischen Welt schwer geschädigt worden ist, ferner, daß die bisher nur potentielle Gefährdung der Ölversorgung erst jetzt wirklich akut und die jüdisch-arabischen Spannungen weit größer geworden sind als sie waren.

Während in den meisten Ländern die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des englisch-französischen Vorgehens in Ägypten geteilt sind, gibt es in Deutschland nur eine einhellige Kritik, die allerdings auf der Rechten mit mehr Zurückhaltung ausgesprochen wird als auf der Linken.

Innenpolitische Auswirkungen

Welchen Einfluß diese Episode auf die innenpolitische Situation Deutschlands haben wird, ist noch nicht zu übersehen. Einerseits hat sie die Neigung, sich für die NATO (und deren unberechenbare Partner) zu erwärmen, keineswegs gefördert. Dem allgemeinen Gefühl: «Am besten, man hat nichts mit Wiederbewaffnung und militärischen Allianzen zu tun», hat sie gewiss Vorschub geleistet. Anderseits haben die Ereignisse

in Ungarn der Öffentlichkeit die Ruchlosigkeit der Sowjets und die Notwendigkeit eines gewissen Selbstschutzes wieder vor Augen geführt.

Ein gewisses, wenn auch nicht unbedingt zuverlässiges Stimmungsbarometer mögen die Kommunalwahlen gewesen sein. Ende Oktober (vor den Ereignissen) wurden in den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen, die zusammen mit 17,8 Millionen Stimmberechtigten fast die Hälfte aller in der Bundesrepublik Wahlberechtigten darstellen, Kommunalwahlen abgehalten. Am 9. November (während der Ereignisse) wurde in Rheinland-Pfalz und Teilen von Württemberg-Baden gewählt. Das Ergebnis war in der Tendenz in allen Ländern gleich, nämlich: eine entschiedene Stärkung der beiden großen Parteien CDU und SPD. Hatten beide zusammen bei den Kommunalwahlen von 1952 nur 71,7 v. H. aller gültigen Stimmen erhalten, so erreichten sie diesmal 82,4 v. H.

Stärkung der Linken

Dieser Entwicklung fällt offenbar auch die FDP, die Liberale Partei, zum Opfer, die rund 25 v. H. ihrer Stimmen einbüßte. Von den beiden großen Parteien erzielte die SPD wesentlich größere Gewinne als die CDU, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die im August verbotene Kommunistische Partei ihren Mitgliedern vermutlich empfohlen hat, für die Opposition, also die SPD zu stimmen. In Nordrhein-Westfalen gewann die SPD über doppelt so viele Stimmen als ihr automatisch durch das Verbot der KPD (entsprechend der Wahl von 1952) hätten zufließen können.

Diese Entwicklung ist zweifellos gesund, denn zum Wesen der Demokratie gehört ja nun einmal die Möglichkeit, daß Regierung und Opposition alternieren, damit die Opposition sich nicht in fruchtloser Obstruktion festläuft und die Regierung nicht allzu selbstherrlich wird. Daran war bisher in Deutschland nicht zu denken, weil die SPD noch nie über 35v. H. aller Stimmen gekommen ist. Wenn auch die Kommunalwahlen nichts Endgültiges über die nächstjährige Bundestagswahl aussagen, so muß man doch feststellen, daß eine gewisse Stärkung der Linken deutlich wird. Dies liegt zweifellos an der konsequenten Ablehnung der Wiederbewaffnung und der NATO-Politik durch die SPD. Es liegt aber auch daran, daß die Sozialisten immer weniger radikal und immer bürgerlicher werden und daher auch kleinbürgerliche Kreise anziehen.

Warum kein Aufstand in der DDR?

Gelegentlich hat man, vor allem im Ausland, während der vergangenen Wochen gefragt, wieso sich eigentlich in der DDR nicht, wie in Polen und Ungarn, Widerstand gegen die Sowjets rege; meist wurde diese Frage mit einem Unterton von Mißbilligung gestellt, komischerweise gerade von den Leuten, die, wenn irgendetwas geschehen wäre, sich als erste über diesen «Wahnsinn» erregt hätten. Daß sehr zur Erleichterung aller Verantwortlichen in Bonn und Berlin nichts geschah, liegt wohl daran, daß die Zone am 17. Juni 1953 bereits ihre Erfahrungen gemacht hatte. Ferner daran, daß in der DDR 20 bis 22 Sowjetdivisionen stehen (in Ungarn waren es zu Beginn des Aufstandes nur 3 Divisionen). Und schließlich daran, daß seit Jahren jeden Monat «je nach Kriegslage» 20 000 bis 30 000 Ostzonenbewohner in die Bundesrepublik überwechseln, während in Polen und Ungarn die Grenze hermetisch verschlossen war und darum der Druck innerhalb des Kessels viel höher gewesen ist.

Marion Gräfin Dönhoff

Bericht aus Italien

Rote Felle schwimmen davon

Wenn es Beweise zur Erhärtung der Theorie bedürfte, daß innenpolitisches Geschehen in Italien wie in kaum einem andern Lande Europas durch Ereignisse im Auslande bedingt ist, so haben sie die vergangenen Monate in Überfülle geliefert. Obwohl seit mehr als Jahresfrist der kommunistische Einfluß stetig zurückging — die Resultate der Wahlen in die Fabrikkommissionen der Großfirmen redeten eine deutliche Sprache —, trat richtiges Tauwetter erst nach der großen De-Stalinisierungsrede Chruschtschews am 20. Sowjetkongreß ein. Die linkssozialistische Partei begann kurz darauf Unabhängigkeitsregungen gegenüber den Kommunisten und Annäherungstendenzen an die sozialdemokratische Partei der Regierungskoalitition zu zeigen, nachdem sie jahrelang im Fahrwasser Togliattis gesegelt war. Einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung bedeutete das vor zwei Monaten erfolgte Treffen ihres Führers Pietro Nenni mit dem sozialdemokratischen Leader Giuseppe Saragat im piemontesischen Pralognan. Es war eine erste Fühlungsnahme im Hinblick auf eine Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien nach achtjähriger Trennung.

Zwar wurde die damit begonnene Interessengemeinschaft durch einen kurz darauf erfolgten Vorstoß des linken Flügels der Nennisozialisten gestört, wie denn überhaupt der ganze bisherige Verlauf des «rapprochement» stark einer Tarantella, jenem süditalienischen Volkstanz, ähnelt, bei welchem Vor- und Rückwärtstritte sich beständig ablösen. Wir sind aber überzeugt, daß sich die jahrelang verzankten Vettern und Genossen doch in absehbarer Zeit wieder finden werden.

In der Stellungnahme zu den Ereignissen in Polen und dem heroischen Freiheitskampf in Ungarn haben sich Sozialisten und Kommunisten gründlich geschieden. Ja, selbst so überzeugte Kommunisten wie der Gewerkschaftsführer De Vittorio folgen Togliattis erbärmlicher Sowjetergebenheit nicht mehr unbedingt. Wenn vielleicht auch die vieljährige taktische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nenni-Sozialisten nicht sofort gelöst wird, so sind die Zeiten der bisherigen Symbiose vorbei. Nenni hat sich klar von den Russen distanziert.

Neue Parteikonstellation im Anzug

Eines ist gewiß: die allgemeine italienische Parteienkonstellation der Ära De Gasperis wird sich grundlegend ändern. Während bekanntlich bisher die italienische Demokratie, ja, der Staat an und für sich, gegen die kommunistische Gefahr von einer Parteiallianz, worin die Democrazia Cristiana — die katholische Massenpartei — die überragende Schlüsselposition innehatte, verteidigt wurde und eine andere demokratische «Combinazione» überhaupt unmöglich war, rückt nun die Möglichkeit einer *laizistischen* Parlamentsmehrheit in die Nähe. Es ist durchaus denkbar, daß die vereinigten Sozialisten, zusammen mit den Republikanern und andern laizistischen «fellow-travellers» auf Grund fallweiser Unterstützung durch die Kommunisten gelegentliche Abstimmungs-Mehrheiten zustande bringen werden, deren Stabilität allerdings sehr prekär sein dürfte. Eine stabile Volksfront ist nach den Ereignissen in Ungarn vorläufig undenkbar.

Diese Aussicht bestimmte zweifelsohne den Gang des anfangs Oktober in Trient stattgefundenen Jahreskongreßes der *Democrazia Cristiana*. Es gelang dem kurz vorher von einer Amerikareise zurückgekehrten Parteisekretär Amintore Fanfani auch diesmal, mit Geschick die Einheit der Partei durch Steuerung eines leicht nach links tendierenden Mittelkurses zu wahren, ja zu konsolidieren. Zwar standen sich die Exponenten des rechten Flügels (Pella, Scelba, Andreotti etc.) und der Linkstendenz (Gonella

u. a. m.) in scharfen Redeturnieren gegenüber, aber zum Bruch kam es nicht. Von einer «apertura a sinistra» wollte die Mehrheit schon vor der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes nichts wissen. Man sieht der sozialistischen Wiedervereinigung gefaßt entgegen und begrüßt trotz den daraus der Democrazia Cristiana in parteipolitischer Hinsicht erwachsenden Gefahren die zu erwartende Konsolidierung der italienischen Demokratie.

Südtiroler Frage

Es ist bezeichnend, daß der italienische Sprachgebrauch das Wort «Sud-Tirolo» nicht kennt, sondern jene deutschsprachige Gegend «Alto Adige» (Oberetsch) heißt. Für die Italiener ist das Südtirol nicht die südliche Hälfte eines Gebietes, dessen übriger Teil in Österreich liegt, sondern die oberste Region einer Tallandschaft, die sich bis weit nach Venetien hinzieht. Aus diesem Grunde will man in Rom auch gar keine «Südtiroler Frage» gelten lassen. Worum geht es im Grunde? Was hat die seit Jahren latenten Spannungen plötzlich so akut werden lassen, daß der ganze italienische und zum Teil auch ausländische Blätterwald davon widerhallt? Die Überzeugung der großen Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung hat viel für sich, daß durch die gegenwärtige Regionalsymbiose des deutschsprachigen Gebietes mit dem italienischsprechenden Trentino das Südtirol einem fortschreitenden Italianisierungsprozeß unterworfen ist, der im Verein mit der starken Zuwanderung süditalienischer Elemente über kurz oder lang den ethnischen Charakter des Gebietes südlich des Brenners von Grund auf ändern muß. Mit umgekehrtem Vorzeichen besteht ja für unsern Kanton Tessin die gleiche Gefahr, aber während in der Schweiz die Erhaltung der ethnischen und sprachlichen Minoritäten eine allgemein anerkannte Selbstverständlichkeit ist und jede vernünftige Maßnahme der Tessiner zur Verteidigung der kulturellen «italianità» gerade in der deutschen Schweiz lebhaft begrüßt wird, stößt man in Italien oft auf peinlicheVerständnislosigkeit für Südtiroler Belange (siehe z. B. die vor zwei Monaten veröffentlichte Artikelserie im «Europeo»).

Nun hat aber Italien mit dem Abkommen De Gasperi-Gruber, das einen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, das Mitspracherecht Österreichs zum Schutze des Südtiroler Volkstums anerkannt. Diese Hypothek mag heute in Rom bei veränderter weltpolitischer Lage als unangenehm empfunden werden, was ihre Rechtmäßigkeit aber nicht in Frage stellt (bekanntlich war es die Befürchtung der damaligen italienischen Regierung unter De Gasperi, das Südtirol könnte von den Siegermächten zu Österreich geschlagen werden, welche sie veranlaßte, nach Kriegsende mit dem österreichischen Außenminister Gruber jenes Garantieabkommen zu schließen). Es scheint uns, daß mit gutem Willen eine Lösung dieses gewiß nicht leichten Problems gefunden werden kann. Mit einer Rückgliederung an Österreich wird sich Italien aber *nie* abfinden, und eine Suspendierung des Freizügigkeitsrechtes in bezug auf Südtirol wird auch kaum zu verwirklichen sein. Aber daneben bestehen noch weitgehende Maßnahmemöglichkeiten zur Erhaltung der Deutschsprachigkeit, die in Rom und Bozen sicher um so bereitwilliger getroffen werden, je eindeutiger die Loyalität der Südtiroler zum italienischen Staat zutage tritt. Bei aller berechtigten Kritik an der bisherigen offensichtlich ungenügenden Anwendung des De-Gasperi-Gruber-Abkommens darf in diesem Zusammenhang die großzügige Wiederaufnahme jener Zehntausende von Südtirolern von seiten Italiens nach Kriegsende nicht vergessen werden, die seinerzeit für Großdeutschland optiert hatten, ein Ergebnis der argen faschistischen Drangsalierung seit Ende des ersten Weltkrieges. Ebenso verdient die liberale Anerkennung österreichischer Universitätszeugnisse (titoli di studio) durch Italien gegenüber Südtiroler Studenten, die in Österreich ihre Studienjahre verbringen, aufrichtige Anerkennung.

Die jüngsten Ereignisse in Polen, Ungarn und am Suez haben zum mindesten das Gute, die nun durch die Übergabe einer österreichischen Note gestartete diplomatische Behandlung des ganzen Fragenkomplexes der Straßenpolemik zu entziehen. Man wird

in Rom bestimmt zu vernünftigen Kompromissen bereit sein, ist man doch in Italien paneuropäisch orientiert, auch hat man aus dem französischsprechenden Val d'Aosta Erfahrung mit anderssprachigen Minoritäten.

Außenpolitisches

Die Nationalisierung des Suezkanals durch Nasser mit all ihren Folgen hat Italien als größten Mittelmeerstaat mit seinen zahlreichen Landsleuten in Ägypten und seinen ausgedehnten Handelsbeziehungen im Nahen Osten und angesichts der überragenden Bedeutung des Kanals als Zufuhrlinie sehr stark beeindruckt. Deshalb wurde die britisch-französische Kurzschlußaktion von Ende Oktober fast durchwegs abgelehnt, da man nicht glaubt, ihre eventuell kurzfristigen Vorteile werden die sicher zu erwartenden langfristigen Nachteile überwiegen. Angesichts der eigenen Schwäche lehnt man instinktiv jede mutwillige, durch Egoismus diktierte Gefährdung der atlantisch-kollektiven Sicherheit ab. Neben der Bundesrepublik Deutschland ist Italien gegenwärtig wohl der loyalste Verbündete der Vereinigten Staaten in Europa.

Der ungarische Freiheitskampf und dessen brutale Erwürgung durch mongolisch-kirgisische Sowjettruppen hat auch in Italien eine Grundwelle der Empörung ausgelöst. Die ungarische Nation stand in Italien seit jeher in hoher Achtung, nicht zuletzt wegen ihrer mehrheitlich katholischen Religion. Die Protestaktionen fanden deshalb hier neben Studentendemonstrationen vor allem in Bitt- und Trauergottesdiensten ihren Ausdruck. Die mutigen Worte des Außenministers Martino in der Kammer und seine kompromißlose Stellungsnahme in der UNO gegen Sowjetrußland und dessen Henkersknechte wurden von allen Kreisen außer den kommunistischen Söldlingen gebilligt. Zorn, Abscheu und Verachtung erfüllt die Herzen aller Rechtdenkenden, von den Linkssozialisten bis zu den Neofaschisten. Noch selten herrschte solche Einmütigkeit in Italien seit dem Kriegsende.

Trotz der bedrohlichen Lage im — für Italien im wahren Sinne des Wortes! — Nahen Osten ist die Bevölkerung bis anhin mehrheitlich gefaßt geblieben. Mit Staunen nimmt man die Hamsterpanik in Mitteleuropa zur Kenntnis. Ist es sorglose Naivität, ist es instinktsichere Prophetengabe, die den beachtlichen Gleichmut erzeugen? «Non succederà niente» lautet der politische Slogan, wenn man das Gespräch auf die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges lenkt.

Peregrinus

Diamat und Koexistenz

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Köln

Die Teilnehmer an der Kölner Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, die vom 25. bis 27. Oktober 1956 abgehalten wurde, vermerkten erstmalig seit dem Bestehen dieser bedeutenden Forschungsgemeinschaft die Anwesenheit offizieller Sowjetgäste am Eröffnungsabend, Vertreter der Botschaft der UdSSR in Bonn. Begrüßungsansprachen, Themenreihen und Referate bekundeten, nachdrücklicher denn je zuvor, leidenschaftslosen Erkenntnisdrang und aufgeschlossenen Verständigungswillen der deutschen Ostforschung mit dem nachstalinistischen Sowjet-Imperium. Persönlichkeiten der Bonner Außenpolitik, darunter auch der Moskauer Botschafter Haas, verliehen dieser Atmosphäre als Tagungsgäste den aktuell-politischen Akzent.

Als ebenso erstmalig, aber unerwartet, empfanden Mitglieder und Gäste das zeitliche Zusammentreffen einer Osteuropakunde-Tagung mit einem südosteuropäischen Ereignis, dessen Tragweite eine Verlagerung der weltpolitischen Schwergewichte heraufbeschwören könnte: dem am 23. Oktober 1956 ausbrechenden Freiheitsaufstand in Ungarn! Deshalb erwiesen sich zwar manche Analysen und Querschnitte zur sowjet-kommunistischen Wirtschafts- und Außenpolitik bereits im Augenblick ihres Vortrags als überholt. Anderseits eröffneten Diskussionsbeiträge und Bemerkungen des persönlichen Gesprächs, unter dem Eindruck des ungarischen Volksaufstandes, Ausblicke auf die bereits in Köln einsetzenden Wandlungen im demokratischen Urteil über die weltkommunistische Führungskrise.

Kommunismus als Pseudo-Religion

Der Sowjetologe und Generalsekretär der Osteuropakunde-Gesellschaft, Dr. *Klaus Mehnert*, brachte im öffentlichen Vortrag: «Der Mensch in der Sowjetgesellschaft» einen aktuellen, persönlich gefärbten Erfahrungsbericht über Begegnungen mit dem Durchschnittsbürger, dem Parteifunktionär, der technischen Intelligentia. Der «Tauwetter»-Alltag wirkt gegenüber der Stalinära etwas aufgelockert und entideologisiert. Verschärfte soziale Kritik an der neuen Oberschicht, die ihre Privilegien z. T. bourgeois-machthaberisch genießt, tritt in der letzten Zeit auch in der Publizistik und Parteiliteratur stärker in Erscheinung. Der Idealtyp des «sozialistischen Helden» lebt wohl im indoktrinierten Unterbewußtsein. Aber die «skorobudistische» («es wird bald sein») Begeisterungsfähigkeit des Sowjetmenschen hat aufgehört, revolutionärer Impuls zu sein. Aus betriebsamer Routine und stalinistischer Abstumpfung der Erwerbstätigen erheben sich nun vorfrühlingsmäßige Forderungen des Menschen nach größerer Rechtssicherheit und Achtung vor seiner Menschenwürde, nach Vermenschlichung des «Apparates» schlechthin. Im Vergleich zum «Westler» dagegen prägt sich bis jetzt der Anspruch des Durchschnittsbürgers auf seine persönliche Mitsprache im Gemeinwesen weniger aus.

Als besonders eindringlich durfte man die Vortragsreihe der «Sektion Ideologie» miterleben. Prof. *Hans Koch* - München bot in seiner Darstellung der «Sowjetideologie als Weltanschauung und Wissenschaft» verblüffende und hintergründige Vergleichspunkte zwischen religiösen Begriffen und dem pseudo-religiösen Pathos des Diamat (dialektischen Materialismus). Angefangen von der Heiligen Schrift (AT = Marx-Engels; NT = Lenin; Apokryphen = Stalin) bis zur «Beichtpraxis» von Kritik und Selbstkritik, zum liturgischen Vorgang des Widerrufes und der Kennzeichnung der «Schismatiker» und «Häretiker» waren die Parallelen im Kochschen Referat einleuchtend. Die seit dem Tode Stalins einsetzenden Versuche der Sowjetideologen, sich von der vor-Abälardschen Scholastik ihres Wissenschaftsbetriebes loszulösen, wurden von Koch als nicht sehr hoffnungsvoll charakterisiert. So wie einst das Heidentum unter christlichem Einfluß versuchte, in der Gnosis seine Wiederbelebung zu finden — so bemüht sich heute der ideologische Kreml um neue Methoden, ohne dabei die Tendenz zur geistig-pseudoreligiösen Diktatur einzubüßen.

Der Wiener Historiker Prof. *Günther Stökl* - Köln («Das Bild der Geschichte in der Sowjetideologie») vertrat in seinem Referat die Auffassung, daß die geschichtswissenschaftliche «Koexistenz»-Garde der Sowjetgelehrten gegenwärtig bestrebt sei, die sowjetische Wertung der Weltgeschichte dem Westen nahezubringen; vorerst aber vermisse man das wirkungsvolle Bemühen, dem Westen die Sowjetgeschichte selbst in einer entmythologisierten Form aufzuzeigen. Bisher verrate sich lediglich die Absicht, «stalinistische Interpretationen mit leninistischen Mitteln» als Maßstab auf das geschichtliche Geschehen anzuwenden. Dr. *Arnold Buchholz* analysierte «Das Bild der Natur in der Sowjetideologie» und vermittelte abschließend den Eindruck des Oszillierens auf der neuen Wegsuche einer Weltanschauung, die ihr imperialbestimmtes, ideologisches Führungszentrum beinahe verloren hat.

Die Atempause der Stalin-Epigonen

Am meisten diskutiert und umstritten war das Referat des westdeutschen Publizisten Dr. *Hermann Pörzgen* «Die sowjetische Außenpolitik seit Stalins Tod». Begreiflicherweise mußten Formulierungen des Referenten, der erst im Frühjahr 1956 aus sowjetischer Haft entlassen wurde, auf Widerspruch stoßen, wenn er etwa vor dieser Zuhörerschaft — unter dem unmittelbaren Eindruck des ungarischen Freiheitsaufstandes — erklärte: «Der Eiserne Vorhang ist aufgezogen», oder Bezug nahm auf den «friedlichen Übergang zum Sozialismus»; schließlich die Behauptung aufstellte, der Kreml wünsche in der jetzigen Entspannungs-Offensive eine Ruhepause bis zu zwanzig Jahren. Dennoch bleibt in der Beurteilung dieses «papierenen» Referates anzuerkennen, daß Dr. Pörzgen die Stalin-Epigonen immerhin dahingehend beschrieb, daß sie, z. B. gegenüber Deutschland und Japan, zwar nicht an der stalinistischen Beutepolitik, wohl aber an der Beute selbst unabänderlich festhalten. Erwähnenswert war auch die Äußerung Pörzgens, daß es dem Kreml auf die Dauer nicht gelingen werde, «Demokratisierung» in «geringfügigen, homöopathischen Dosen» zu verabreichen.

Äußerst aufschlußreich gestalteten sich die wirtschaftspolitischen Referate von Prof. *Hans Raupach* («Die inneren Probleme der sowjetischen Wirtschaft») und Dr. *Hans Bräker* («Die sowjetische Wirtschaft in ihren Außenbeziehungen»). Besonders die vorsichtige und zurückhaltende Bewertung des sowjetischen Wirtschaftspotentials Prof. *Raupachs* diente als ausgezeichnete Grundlage für die klarsichtige Behandlung der sowjetischen Außenhandelsbeziehungen durch Dr. Bräker. Die Machtkämpfe im Kreml und die kostspielige Umstellung des östlichen Plansystems haben die «Koexistenz»-Offensive Moskaus seit Ende 1953 mitausgelöst. Die Sowjetdiplomatie und die Handelsoffensive der UdSSR und ihrer Satelliten ergänzen einander und dienen gemeinsam dem Primat dieser neuen Politik zur Erlangung der weltpolitischen Atempause. Namentlich in bezug auf die östlichen Lieferanleihen und technischen Hilfeleistungen an die unterentwickelten Länder des Nahen und Fernen Ostens wußte der Referent den Ernst der Lage für die Weltdemokratie treffend zu schildern. Allerdings muß sich die Außenhandelspolitik der UdSSR, Chinas und der europäischen Volksdemokratien zunächst «punktmäßig» auf wenige Partner der «Sowjethilfe» konzentrieren, weil die neuerlich forcierten Wachstumskrisen des Rubelblocks zurzeit psychologisch wirksame Einbrüche, aber keine außenhandelspolitische Generaloffensive Moskaus gestatten.

Aktuelle Diskussionsbeiträge

Unmittelbar nach Tagungsbeginn wurde die schroffe sowjetische Ablehnung des Bonner Memorandums zur deutschen Wiedervereinigung publiziert. Wollten in dieser Kreml-Note einige Fachleute hoffnungweckende Randbemerkungen herauslesen, so waren die Tagungsteilnehmer mit jenem Polen-Fachmann einer Meinung, der die Verquickung nationalkommunistischer und nationalistischer Faktoren im polnischen Übergangsregime Gomulkas als Erschwerung für ein deutsch-polnisches Gespräch bezeichnete. Erst ein nationalkommunistischer Probefall, unberührt vom Schreckgespenst der «deutschen Gefahr», könne jedoch die Illusion westlicher Kreise zerstören, als ob die «Tauwetter»-Strategen ernsthaft eine «Deblockierung» des Sowjet-Imperiums wünschten, als ob «titoisierte» Volksdemokratien ihr nationales Selbstbestimmungsrecht frei ausüben dürften.

Namhafte Diskussionsredner bezweifelten, z. T. auf Grund mehrmonatiger Aufenthalte in östlichen Blockländern, daß die bisherigen Zugeständnisse der Moskauer Planer an das Mitspracherecht der Manager und die spektakuläre «Dezentralisierung» hinreichten, um die Aufgabe der «zweiten industriellen Revolution» erfolgreich zu bewältigen. Der durchschnittliche Sowjetbürger z. B. bezeichne heute noch die Jahre 1937—1940 als das «Goldene Zeitalter» der Lebenshaltung. Ungeachtet des gewaltigen Militär- und

Wirtschaftspotentials der Ostblockländer werde die menschliche Komponente mehr und mehr zur «Unruhe im Uhrwerk» des zentralistisch-kollektivistischen Produktionsprozesses. Ungarns Revolution «von unten» liefere sozialwirtschaftlich das Musterbeispiel des menschlichen Aufbegehrens gegen kommunistische Selbstausbeutung und Vergeudung, ohne Rücksicht auf die Bedarfsträger. Diese offenkundigen Schwierigkeiten könnten der Außenpolitik des Kremls ebenso Zurückhaltung auferlegen, wie zur «Flucht nach vorwärts», in die Aggression, drängen.

Abschließend muß man der Rechenschaftsablegung der 1950 neubegründeten Ostforschung auf der Kölner Tagung das Zeugnis strenger Sachlichkeit ausstellen. Sie bietet einer verantwortungsbewußten Politik des Westens, jenseits des Tageslärms, wertvolle Unterlagen und erwartet von der Weltdemokratie schöpferische, nicht re-aktive, Gesamtplanung und Tat.

Otto Rudolf Ließ

Unternehmer und Gewerkschaft

Bericht von der 10. Unternehmer-Tagung der Reformierten Heimstätte Boldern-Männedorf, 9./10. November 1956

Der Name *Boldern* hat in weiten Kreisen guten Klang. Die Zürcher Reformierte Landeskirche hat hier eine erfolgreiche Institution geschaffen, die in moderner Form den Kontakt zwischen Kirche und heutigem Mensch in dessen Alltagsproblemen zu vertiefen sucht, um die christlichen Grundgedanken im Wirken dieses Menschen wieder vermehrt fruchtbar werden zu lassen. In fast ununterbrochener Folge reiht sich im schöngelegenen Heim ob Männedorf Tagung an Tagung, die Angehörigen verschiedenster Bevölkerungskreise zu christlicher Besinnung und Aussprache über sie speziell bewegende Probleme aufrufend. Die entspannende, Kontakte fördernde Atmosphäre, vor allem aber die überaus aktive Leitung durch Dr. *H. J. Rinderknecht* und die Auswahl vorzüglicher Referenten lassen die Teilnahme an solchen Tagungen zum Erlebnis werden.

Zweimal jährlich vereinigen sich hier oben auch die Unternehmer zum Gedankenaustausch. Die diesjährige Herbsttagung galt dem Thema *Unternehmer und Gewerkschaft.* Dies sind, so meinte Dr. Rinderknecht in seinen Eröffnungsworten, die beiden Mächte, die heute über den Brotkorb der Mehrzahl der schweizerischen Arbeiter bestimmen. Ihre primäre Aufgabe besteht einmal in der Sicherung der Existenz dieses Arbeiters. Sein Einkommen muß genügen, um die Familie erhalten zu können, so daß nicht die Frau und Mutter auch einem Verdienst nachgehen muß. Sonst wird die aufwachsende Generation geschädigt. Über diese primäre Pflicht hinaus tragen die beiden Mächte eine entscheidende Verantwortung für die Gesellschaftsform unseres ganzen Landes. Die Aufgabe der Gestaltung unseres Zusammenlebens als eines wahrhaft «mitmenschlichen» muß von beiden gemeinsam gesehen und in wahrer Partnerschaft angepackt werden. Die Kirche muß dabei Ort der Begegnung sein.

Der Ruf nach einer verantwortungsbewußten, von gegenseitigem Verständnis getragenen Haltung von Unternehmer und Gewerkschaftsführer in ihren Beziehungen zueinander klang aus den Ausführungen aller Referenten. Im ersten Vortrag sprach Zentralpräsident *E. Blaser* vom Schweiz. Textilarbeiter-Verband, Zürich, über «Erlebtes, Erlerntes und Erstrebtes aus der Arbeit eines Gewerkschaftsführers». In einem aufschlußreichen Rückblick zeichnete er zu Beginn seinen eigenen Werdegang inmitten der

Krise vor dem zweiten Weltkrieg bei gespannten Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaft. Seither sind bedeutende Fortschritte gemacht worden. Trotzdem braucht es auch heute noch größeres Verständnis der Arbeitgeber für die Tätigkeit der Gewerkschaft. Gewerkschaftliche Arbeiterschulungskurse etwa dienen nicht einseitiger Hetze, sondern objektiver Aufklärung. Bei aller Anerkennung der besonderen Lage der Textilindustrie ist es doch bedauerlich, daß die Gewerkschaft heute noch um die Verbesserung von Löhnen kämpfen muß, die unter dem Existenzminimum liegen. Als weitere Ziele seiner Gewerkschaft nannte der Redner die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter an der Produktivitätssteigerung, das Mitsprache- und das Mitbestimmungsrecht sowie die Schaffung einer paritätischen Ausgleichskasse für Kinderzulagen. Wenn die Gewerkschaften Gegner einer gesetzlichen Lösung der Frage der Arbeitszeitverkürzung sind, dann sollten dafür die Unternehmer zur vertraglichen Lösung Hand bieten. Oberste Forderung aber bleibt, daß der Arbeiter als Mensch geschätzt und als gleichwertiger Partner anerkannt wird.

Direktor *A. Niederer*, Lichtensteig, wies in seinem Referat über «Erfahrungen und Absichten eines Textilunternehmers bei der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften» auf die Tatsache hin, daß die Aufgaben des Unternehmers wie des Gewerkschaftsfunktionärs bei näherer Betrachtung einander sehr ähnlich sind. Die Förderung der menschlichen Beziehungen im Betrieb muß ebensosehr Aufgabe des Arbeitgebers wie der Gewerkschaft sein. Auf der andern Seite muß auch der Gewerkschaftsführer seinen Blick für die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Zusammenhänge weiten, um im Arbeiter das Verständnis für diese Seite der Unternehmersorgen wecken zu können. Diese Parallelität der Aufgaben sollte ihren Niederschlag in der Ausbildung der Führungskräfte beider Seiten sowie auch in den allgemeinen Beziehungen finden. Der Gedanke eines gegenseitigen Teilnehmeraustausches für Ausbildungskurse beider Teile, die ja meistens sehr ähnliche Programme aufweisen, sollte gefördert werden. Die gegenseitigen Beziehungen sollten heute nicht mehr den Charakter von Verhandlungen haben, wo Gegner miteinander markten, sondern den des Gesprächs, wo Partner miteinander die objektiv beste Lösung suchen. Voraussetzung dafür ist, daß beide Teile Niveau haben. So sollte z. B. jeder Gewerkschaftsführer in der Lage sein, eine führende Stellung in der Industrie zu bekleiden, und er sollte dies auch ab und zu praktisch unter Beweis stellen können. Voraussetzung ist weiter Offenheit und Mut zu gegenseitigem Vertrauen. So hat etwa im Betrieb des Vortragenden der Gewerkschaftssekretär Zutritt zu den Sitzungen aller Arbeitsteams, auch zu denjenigen der Geschäftsleitung. Beiden Partnern muß das Christentum als einigende Grundlage dienen.

Die Ausführungen von Nationalrat *A. Steiner*, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern, galten dem Thema «Einst und jetzt/Der Arbeiter als Mensch/Menschliche Beziehungen im Betrieb/Arbeitsfriede/Auswirkungen». Die erfreulichen Wandlungen, die im Verhältnis Arbeitgeber — Gewerkschaft in den letzten Jahren erzielt wurden, sind vor allem eine Frucht der Einführung von Vertragssystemen. Bei deren Ausarbeitung lernte man sich kennen und verstehen. Die Gestaltung dieses Verhältnisses spielt nicht nur innerbetrieblich eine Rolle, vielmehr tragen beide Teile dabei eine große allgemeine politische Verantwortung. Dies läßt sich aus den negativen Beispielen von Deutschland im Jahre 1933 und der Tschechoslowakei im Jahre 1948 zeigen. Von beiden Seiten muß eine konsequente Haltung verlangt werden. So harmoniert etwa das Prinzip der freien Wirtschaft — zu dem sich auch die Gewerkschaften bekennen — schlecht mit Tendenzen zur Abschirmung gegen die freie Konkurrenz, sei es mittels hoher Zölle, sei es durch die Bildung von Kartellen. Man darf auch nicht gleichzeitig von den Gewerkschaften verlangen, sie sollen gegen den Kommunismus kämpfen, während man selber nach Moskau fährt und Osthandel betreibt. Der Verantwortungsbereich reicht über die Grenzen hinaus: es muß uns brennend interessieren, welche Entwicklung die andern Länder nehmen, und wir müssen versuchen, darauf Einfluß zu nehmen. — Die Beziehungen Arbeitgeber-Arbeitnehmer sollen durch Verträge — die im Interesse des Volksganzen langfristig anzulegen sind — und nicht durch Gesetze geregelt

werden. Der Vertrag ist der Ausdruck des Mitspracherechts des Arbeiters. Das Mitbestimmungsrecht dagegen ist abzulehnen. Die Gewerkschaft würde dadurch in eine unerwünschte Zwitterstellung zwischen Unternehmer und Arbeiter gedrängt. Neue Lohnsysteme stehen heute allenthalben in Diskussion. Eine Patentlösung gibt es dabei nicht. Jedenfalls aber müssen solche Systeme einfach und leicht durchschaubar sein, sonst lehnt der Arbeiter sie ab. Auch Nationalrat Steiner betonte als Hauptaufgabe der Gewerkschaften, dem Arbeiter als nützliches, gleichwertiges Glied der menschlichen Gesellschaft Anerkennung zu verschaffen. Darin müssen sie vom Unternehmer unterstützt werden.

Direktor *F. Streiff*, BBC, Baden, sprach abschließend über das Thema «Was ich mir in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erhoffe und erstrebe». Er bestätigte das allgemeine Bild einer erfreulichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft. Immerhin muß Klarheit darüber herrschen, daß der Gewerkschaftssekretär außerhalb des Betriebes steht. Unter den einzelnen Gewerkschaften herrscht gegenwärtig ein ziemlich heftiger Kampf um die Arbeiter, der manchmal auch auf den Betrieb Auswirkungen hat. Die junge Generation der Arbeiter ist an der Gewerkschaft nicht mehr so sehr interessiert, da sie die Errungenschaften, für welche die Gewerkschaft lange kämpfte, als selbstverständlich hinnimmt. Diese Entwicklung muß auch für den Unternehmer ein Problem darstellen. Als Folge einer verstärkten Rationalisierung zeichnet sich eine Umschichtung der Arbeiterschaft ab. Das System der Kaderauslese ist deshalb neu zu überprüfen. Dem Arbeiter sind Wege zu erschließen, um nach oben nachrücken zu können, etwa in die Konstruktions- oder Verkaufsabteilung. Die Aufgabe einer entsprechenden Schulung soll nicht vom Unternehmer allein durchgeführt werden, hier sollen die Gewerkschaften helfend eingreifen. Ihre eigenen Arbeiterschulungskurse sind dafür nicht geeignet. Sie sind zu sehr auf die Vermittlung von Wissen, zu wenig auf die Vorbereitung zur Menschenführung ausgerichtet. Ein großes Anliegen, mit dem sich die Gewerkschaften auseinandersetzen sollten, bildet das Problem der christlichen Fundierung ihres Gedankengutes. Warum beteiligen sich die Gewerkschaftsfunktionäre nicht zahlreicher an Tagungen wie derjenigen auf Boldern? Für eine richtige Lösung aller heute brennenden Fragen ist die christliche Grundlage unentbehrlich.

Die rege Beteiligung an den Diskussionen, die jeweils den Ausführungen der Referenten folgten, zeugten für das Bedürfnis, dem die Tagung mit der Wahl des Themas entsprochen hat.

Walter Rapold

Militärische Umschau

Polizei oder Militär?

Das Dienstreglement der Schweizerischen Armee legt in Ziffer 264 fest: «Die Armee oder Teile von ihr können zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufgeboten oder kommandiert werden, wenn die polizeilichen Machtmittel des Staates zur Durchführung dieser Aufgabe nicht ausreichen.»

Der sogenannte Ordnungsdienst ist somit in erster Linie Aufgabe der Polizeikräfte. Die Hauptaufgabe der Armee beruht in der Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen außen. Lediglich subsidiär soll auch die Armee zur Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern eingesetzt werden. Dabei dachte man bis vor wenigen Jahren

an Störungen der öffentlichen Ordnung von erheblichem Umfange, wie an Krawalle, Generalstreik, Umsturzversuche usw. Leider muß man feststellen, daß in letzter Zeit immer häufiger Teile der Armee für Polizeiaufgaben eingesetzt werden, die von dem ernsten und schwerwiegenden Begriff des «Ordnungsdienstes» weit entfernt sind. Diese Verwendungsart begann wohl mit den internationalen Konferenzen von 1954 und 1955 in *Genf*, die einen Ordnungs-, Sicherheits- und Ehrendienst erforderten, der die Kräfte der Genfer Polizei weit überstieg. Notgedrungen mußten den Genfer Behörden Truppen zur Verfügung gestellt werden, teilweise mit sehr kurzfristiger Verschiebung der Wiederholungskursdaten. Wenn dieser Polizeieinsatz von Truppen in Genf, militärisch betrachtet, unerwünscht war und die militärische Ausbildung der betroffenen Truppen erheblich behinderte, muß man doch zugeben, daß die beiden Konferenzen einen Polizeidienst von ganz außerordentlichem Umfang erforderten und in unseren Verhältnissen eine andere Lösung der gestellten Aufgabe nicht möglich war.

Ganz andere Verhältnisse liegen dagegen vor bei den verschiedenen Einsätzen von Truppen zugunsten der *Berner Polizei*. 1954 wurden vom Genfersee Truppen für den Polizeidienst an den Fußball-Weltmeisterschaften nach Bern gebracht. Am 15./16 Februar 1955, als die rumänische Gesandtschaft von Gegnern des kommunistischen Regimes besetzt war, mußte die Stadtpolizei Bern durch Truppen verstärkt werden. Als am 7. November 1956 die Sowjetbotschaft in Bern den Jahrestag der russischen Revolution feierte, mußte die Stadtpolizei Bern durch drei Füsilierkompagnien des Bataillons 39 verstärkt werden, das zu diesem Zweck aus den Manövern in der Ostschweiz herausgenommen und nach Bern verbracht wurde, sowie durch eine Rekrutenkompagnie der militärischen Straßenpolizei. Zwei Tage früher, am 5. November, waren im Anschluß an eine Kundgebung gegen die Ereignisse in Ungarn rund 3000 Demonstranten vor die russische Botschaft gezogen, wo es zu heftigen Schlägereien kam, als die Polizei mit Gummiknüppel und Tränengas gegen die Demonstranten vorging. Die Berner Polizei befürchtete neue Demonstrationen am Tage der Revolutionsfeier und verlangte militärische Verstärkung, die rasch herbeigeschafft wurde. Am 10. November rechneten die Berner Behörden, anläßlich des Fußballspiels Schweiz – Italien, mit der Möglichkeit einer neuen Demonstration gegen die Sowjetbotschaft und prompt wurde eine Rekrutenkompagnie der Stadtpolizei zur Verfügung gestellt. Da diese Kompagnie aber nicht in Aktion treten mußte, hat man von diesem neuen Entgegenkommen kaum etwas gehört.

Der wiederholte Einsatz von Truppen zur Unterstützung der Berner Polizei ist auffallend und ruft der Frage, ob er wirklich in allen Fällen gerechtfertigt war. Zunächst sei festgestellt, daß sich keiner der angeführten Truppeneinsätze in Bern irgendwie mit den Truppeneinsätzen in Genf zum Schutze der internationalen Konferenzen vergleichen läßt. Was sich in Bern jeweils abspielte oder befürchtet wurde, trug zwar insofern außerordentlichen Charakter, als es den Rahmen des alltäglichen Polizeidienstes sprengte. Anderseits gehören aber derartige nicht gerade alltägliche Vorfälle wie der Massenandrang an einer sportlichen Großveranstaltung, der Überfall auf ein Haus oder eine politische Großdemonstration doch zu den normalen Aufgaben eines Polizeikorps einer nach schweizerischen Begriffen «großen» Stadt. Wir haben zwar in der Schweiz allgemein wenig Polizei, so daß es ab und zu vorkommen kann, daß die geringe Stärke eines Polizeikorps bei Großveranstaltungen nicht ausreicht. In anderen Städten wird jeweils bei solchen Gelegenheiten das nicht ausreichende städtische Polizeikorps durch Kantonspolizei verstärkt, und schon wiederholt konnte man feststellen, daß selbst Nachbarkantone freundschaftlich mit einem Polizeidetachement ausgeholfen haben. Es scheint das besondere Vorrecht der Berner Polizei zu sein, militärische Verstärkungen zu verlangen und zu erhalten, sobald eine Aufgabe über den Polizeidienst des Alltages hinausgeht.

Wenn die Bundesbehörden diesen Begehren so gerne und großzügig entsprechen, entspringt dies offenbar der Sorge und der Verantwortung der Bundesbehörden für den Schutz der in Bern ansässigen *diplomatischen Missionen*. Gegenüber dem Ausland lastet

diese Verantwortung zweifellos auf den Bundesbehörden. Intern aber sind Stadt und Kanton für den Schutz dieser Missionen verantwortlich, da die *Polizeihoheit* bekanntlich den Kantonen zusteht und der Bund kein ständiges Polizeikorps unterhält. Im Gegensatz zu den internationalen Konferenzen, deren Schutz nur eine Aufgabe von vorübergehendem Charakter darstellt, ist der Schutz der diplomatischen Missionen in Bern seit einem Jahrhundert eine ständige, normale Aufgabe der Berner Behörden. Es ist zuzugeben, daß diese Aufgabe besondere Anforderungen stellt, speziell in politisch bewegten Zeiten. Diese Aufgabe sollte daher auch bei der Festsetzung des zahlenmäßigen Bestandes der Polizeikorps von Stadt und Kanton Bern berücksichtigt werden. Das ist aber bisher unterlassen worden. Die Stadtpolizei der Bundeshauptstadt weist nur einen sehr schwachen Bestand auf, der für den Polizeidienst des Alltages gerade knapp genügt und der sich bei jedem besonderen Anlaß als ungenügend erweist. Bei der Kantonspolizei Bern scheinen die Verhältnisse nicht viel besser zu sein. Die Mehrzahl der Berner Kantonspolizisten sind als Landjäger über das große Kantonsgebiet von der Grimsel bis in die Ajoie verteilt, so daß auch die Kantonspolizei nur in ungenügendem Maße in der Lage ist, die Stadtpolizei Bern zu verstärken. Anstatt hier für Abhilfe zu sorgen und durch Bestandeserhöhung des einen oder anderen Korps eine kleine Polizeireserve zu schaffen, bittet man in Bern offenbar lieber um Truppen und findet mit dem Hinweis auf eine Bedrohung fremder Missionen auch immer wieder Gehör. Die gesetzliche Möglichkeit, bernische Truppen zu *kantonalem* Aktivdienst einzuberufen, wird dabei als zu kostspielig still ignoriert. Dabei wird offenbar vergessen, daß, dank der Anwesenheit der vielen diplomatischen Missionen, der Bevölkerung der Stadt Bern recht erhebliche Einnahmen zufließen. Der jetzige Modus ist nicht nur einfacher, sondern auch wesentlich billiger für die bernischen Kassen! Dazu kommt, vielleicht unbewußt, die Hoffnung, je nach dem Gang der Ereignisse, eventuell die Verantwortung ganz oder teilweise auf die Truppen abschieben zu können.

Man hat außerhalb des Kantons Bern den Eindruck, es wäre endlich an der Zeit, daß die Bundesbehörden in der Zurverfügungstellung von Truppen für reine Polizeiaufgaben zurückhaltender werden und von Stadt und Kanton Bern verlangen, ihre Polizeikorps auf eine Stärke zu bringen, die auch den Schutz fremder diplomatischer Missionen in unruhigen Zeiten garantiert.

Miles